

Weiterhin Zuschüsse für die Heizung?

Seit 2024 gewährt die Bundesregierung eine üppige Förderung für eine klimafreundlichere Heizung. Ob es nach der Bundestagswahl dabei bleibt, ist unsicher. Union-geführte Bundesregierung will Zuschüsse für Heizungstausch abschaffen.

■ Von Judith A. Sägeser

BERLIN/STUTTGART. Die Zukunft des Heizungsgesetzes und der Förderungen für den Heizungstausch ist ungewiss. Jens Spahn (CDU) hatte Ende November verlautbart, die Förderungen zu kassieren, sollte seine Partei die neue Bundesregierung anführen. Ob es dann tatsächlich so kommen wird, kann heute niemand seriös sagen. Gibt es deshalb seit dem Bruch der Ampel-Koalition im November einen Ansturm auf die Förderungen für den Heizungstausch? Eine Förderung, „die wohl nie wieder so gut sein wird wie jetzt“, wie Wolfgang Becker, der Hauptgeschäftsführer des Fachverbands Sanitär-Heizung-Klima Baden-Württemberg, Mitte November sagte.

— Sind die Zahlen jüngst gestiegen?

Auf diese Frage gibt es von offizieller Seite keine Antwort. Sowohl die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), bei der die Anträge auf Förderung eingehen, als auch das federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz äußern sich nicht konkret zum Jahresende. „Seit Oktober gehen pro Woche rund 6000 bis 7000, vereinzelt auch bis zu 9000 Anträ-

ge ein“, sagt eine Sprecherin des Ministeriums. Seit die Förderung am 27. Februar 2024 begonnen habe, seien knapp 227 000 Zuschüsse zugesagt worden, ergänzt eine Sprecherin der KfW. Stephan Eichler, Energieberater im Stuttgarter Westen, sagt, er habe für seine Kunden im Dezember mehr Anträge gestellt, „etwa um den Faktor zwei oder zweieinhalb“. Von der Auftragslage her sei der Dezember aber unauffällig, das ganze Jahr sei bei ihnen viel zu tun gewesen, der Umsatz sei um sieben Prozent gestiegen im Vergleich zu 2023. „Wir sind rappelvoll“, sagt Eichler. „2025 können wir eigentlich gar nichts mehr annehmen.“

— Was ist mit Anträgen ab 1. Januar?

Die Bundestagswahl ist am 23. Februar. Bis dahin bilden die SPD und die Grünen eine Minderheitsregierung. Die Heizungsförderung werde „unter Beachtung der Regelungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2025 fortgeführt“, sagt eine Sprecherin des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. „Minister Habeck hat sich hier stets klar geäußert, dass in seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister die Förderung bleibt.“ Die Sprecherin der Förderbank KfW sagt: „Zu den

aktuellen Entwicklungen stehen wir mit dem Bund in einem engen Austausch, auch mit Blick auf die vorläufige Haushaltsführung im Jahr 2025.“



Foto: Fachverband

„Es wird nie wieder so gut sein.“

Wolfgang Becker,
Fachverband Sanitär-
Heizung-Klima BW

— Welche Förderungen gibt es?

Die Förderung, auf die sich die Ampelregierung im November 2023 verständigt hatte, setzt sich aus drei Boni zusammen. Der Grundbonus, den jeder bekommt, liegt bei 30 Prozent. Weitere 20 Prozent gibt es für schnelle Umsetzung, dieser Geschwindigkeitsbonus sinkt ab dem 1. Januar 2029 kontinuierlich; weitere 30 Prozent sind möglich, wenn das zu versteuernde Einkommen unter 40 000 Euro im Jahr liegt. So können Leute, die das Gebäude selbst nutzen, auf bis zu 70 Prozent Förderung kommen – anrechenbar sind allerdings nur Investitionskosten von 30 000

Euro, die tatsächlichen Kosten dürften häufig darüber liegen. Voraussetzung für die Förderung ist außerdem ein Vertrag mit einem Fachunternehmen. Man hat dann drei Jahre Zeit zur Ausführung.

Teils gibt es noch weitere, kombinierbare Förderungen der Kommunen. In Stuttgart können Hauseigentümer zum Beispiel noch vom städtischen Wärmepumpen-Programm profitieren. Je nach Nennleistung des Geräts gibt es zwischen 2500 Euro (kleiner als 30 kW) und 20 Prozent der Bruttoinvestitionskosten (ab 50 kW).

— Was kommt nach der Bundestagswahl?

Ob eine möglicherweise CDU-geführte Bundesregierung die Förderungen für den Heizungstausch abschaffen würde, ist heute nicht verlässlich zu bewerten. Denn auf die Ankündigung von Jens Spahn hin hagelte es Kritik von breiter Front – beispielsweise auch vom Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie, aber auch der VDI sprach sich in diesem Zusammenhang „generell für technisch-wissenschaftlichen Sachverstand in politischen Debatten“ aus. Das Argument der Kritiker ist immer dasselbe: Ein Zickzackkurs schüre Unsicherheiten auf allen Ebenen.

Der Stuttgarter Energieberater Stephan Eichler nennt die Ankündigungen der CDU „typischen Wahlkampf“. Er kann sich schwer vorstellen, dass sich 2025 viel verändern wird. Seinen Kunden rät er trotzdem: „Was ich habe, habe ich.“

Das Heizungsgesetz

Entstehung Am 19. April 2023 billigte das Kabinett von Kanzler Olaf Scholz einen Entwurf zur Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG, umgangssprachlich „Heizungsgesetz“), die nach einigen Änderungen am 8. September 2023 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Seit dem 1. Januar 2024 müssen Heizungen von Neubauten in Neubaugebieten zu mindestens 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden

Ziele Das GEG soll einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele leisten. Schließlich trägt der Gebäude-Sektor zu etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland bei. Dies soll durch Maßnahmen zur Einsparung von Treibhausgasemissionen sowie durch die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien erreicht werden. red